



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 30. Oktober 2012

P121167

Änderung des Zivilgesetzbuches (Kindesunterhalt), der Zivilprozessordnung (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes (Art. 7): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

In der Vernehmlassungsantwort zum Vorentwurf des EJPD zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Kindesunterhalt), der Zivilprozessordnung (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes (Art. 7) äussert sich der Regierungsrat, auch nach Rücksprache mit den Gerichten und den Landgemeinden, kritisch zu den Vorschlägen des Bundes und fordert eine Überarbeitung der Vorlage.

